

## Pressemitteilung vom 24.11.2008

### „Die rot-rote Landesregierung zielt offenbar darauf ab, den ‚gläsernen Schüler‘ zu schaffen“

Zur anstehenden Entscheidung der Berliner Landesregierung, eine Schülerdatei einzuführen

Die Kampagne „SAFER PRIVACY“ hat mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, dass die Berliner Landesregierung die **von Datenschützern heftig kritisierte Schülerdatei im Januar des kommenden Jahres auch in Berlin einführen möchte**. „Für uns ist nicht erkennbar, warum die bestehenden Schulverwaltungsinstrumente nicht ausreichen. **Die rot-rote Landesregierung zielt offenbar darauf ab, den ‚gläsernen Schüler‘ zu schaffen** – mit all den damit verbundenen Implikationen und negativen Folgen. Dieses Vorgehen erscheint uns unverhältnismäßig gegenüber der erhofften Effizienzsteigerung der Schulverwaltung.“, so Paul Brettel von der Kampagne SAFER PRIVACY.

Die **Schülerdatei verletzt die Persönlichkeitsrechte der Schülerinnen und Schüler in Berlin** auf nicht hinnehmbare Weise. Die geplante zentrale Erfassung personenbezogener Daten zu nicht-deutscher Herkunftssprache, Angaben zu ärztlichen Untersuchungen, Details der individuellen sozialen Situation, außerunterrichtlicher Förderung und Betreuung sowie eventuellem Fernbleiben vom Unterricht öffnet Tür und Tor für Datenabgleiche mit anderen Behörden, insbesondere den Polizei- und Ausländerbehörden. Bereits jetzt ist der Datenaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden, der Polizei, den Jugendämtern einschließlich der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende sowie den Gesundheitsämtern geplant.

Es ist bisher vorgesehen, die Schülerdaten in pseudonymisierter – nicht aber anonymisierter – Form zur statistischen Auswertung heranzuziehen. Aber auch wenn es bislang nicht der Intention der Gesetzgeber entsprechen sollte, die **Erstellung von Sozialprofilen einzelner Familien**, die Verfolgung illegalisiert in Deutschland lebender Schülerinnen und Schüler oder auch die gezielte Rasterfahndung, wie wir sie nach dem 11. September bei Studierenden erlebt haben, den Weg zu bereiten – spätestens die kommende Regierungskoalition könnte ohne weiteres eine entsprechende Ausweitung der Zugriffs-, Abgleichs-, und Verwendungskompetenz mit einem minimalen legislativen Aufwand umsetzen.

Die Ergebnisse der letzten Jahre bundesdeutscher Innenpolitik zeigen, dass Befürchtungen dieser Art sich leider häufig genug bewahrheiten. Von den Antiterrorgesetzen Schilys bis zu Schäubles jüngstem BKA-Gesetz: **Wir erleben seit Jahren eine ausufernde Datensammelwut**, bei der die für eine Demokratie notwendige Balance von Freiheit und Sicherheit längst verloren gegangen ist. Die Koalitionsparteien der Berliner Landesregierung dürfen nicht **Steigbügelhalter für reaktionäre Fantasien** allumfassender staatlicher Kontrolle sein. Im Gegenteil: In Zeiten des Überwachungswahns betrachten wir es als notwendig, ein Zeichen der Vernunft zu setzen und die

